

## "Schwerter zu Pflugscharen" in The Guardian (20. November 1989)

**Legende:** Am 20. November 1989 kommentiert die britische Tageszeitung The Guardian den schrittweisen Zerfall der kommunistischen Regime in Osteuropa und beleuchtet die geopolitischen Auswirkungen des Endes des Kalten Krieges.

**Quelle:** The Guardian. 20.11.1989. Manchester: The Manchester Guardian and Evening News Ltd. "Beating their swords into ploughshares", auteur:Aitken, Ian , p. 23.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/schwerter\\_zu\\_pflugscharen\\_in\\_the\\_guardian\\_20\\_november\\_1989-de-08871209-f2fe-4454-9cb2-94fd448eacca.html](http://www.cvce.eu/obj/schwerter_zu_pflugscharen_in_the_guardian_20_november_1989-de-08871209-f2fe-4454-9cb2-94fd448eacca.html)



**Publication date:** 08/11/2016

## Schwerter zu Pflugscharen

Lassen Sie uns für einen Moment versuchen, die aufgeladenen Emotionen und die unrealistische Begeisterung abzulegen, die die momentanen Ereignisse in Osteuropa begleiten. Lassen Sie uns vielmehr versuchen zu überlegen, welche Minimalgewinne wir uns von diesen Ereignissen bestenfalls erhoffen dürfen und was wir am besten tun können, um uns diese zu sichern.

Ich möchte sogleich hinzufügen, dass ich damit nicht sagen will, dass Emotionen und Begeisterung unangebrachte Reaktionen auf das wären, was sich momentan in der kommunistischen Hälfte Europas abspielt. Keiner bleibt unberührt von dem Kontrast zwischen den lachenden Deutschen, die dem Fall der Berliner Mauer zusehen, und den von der tschechischen Bereitschaftspolizei verprügelten Jugendliche verprügelt, die einen kleinen Anteil an Glasnost fordern.

Die Euphorie veranlasst jedoch viele Menschen dazu, sich in allen möglichen fantastischen Spekulationen über die zukünftige Form Europas zu ergehen, die keineswegs alle optimistisch sind. Das Gespenst eines wirtschaftlichen Vierten Reichs, das ohne Erbarmen über unseren Kontinent herfällt, wird schon von vielen als plausible Alternative zu der von den Optimisten bevorzugten endlosen Aussicht auf Demokratie und Bruderliebe gesehen.

Die Erfahrung lehrt uns, dass Bruderliebe keine dauerhafte, geschweige denn endgültige Zutat menschlicher Beziehungen ist, besonders dann nicht, wenn es sich um Beziehungen zwischen Nationalstaaten oder jeglichen Interessensgruppen handelt. Auf der anderen Seite sind andauernde Konflikte und Konfrontationen auch keine unvermeidbares Element.

Es ist also nicht unrealistisch zu hoffen, dass Frieden der wichtigste Minimalgewinn ist, der sich aus dem Zerfall der Sowjetunion und dem Zusammenbruch der europäischen kommunistischen Diktaturen ergeben könnte. In einer Welt, wo der Ausbruch eines Kriegs zwischen den zwei Supermächten das Ende der Zivilisation hätte bedeuten können, ist dies ein nicht zu verachtender Ausgang, selbst wenn wir sonst nichts davon haben werden.

Wie ist also dieses Fehlen von Konflikten und Konfrontation am besten zu erreichen? Der wichtigste Beitrag, den der Westen zu diesem Prozess leisten kann, ist sicherlich, den Erfolg der von Gorbatschow inspirierten Revolution in Osteuropa zu gewährleisten, ohne die der Kalte Krieg noch immer Realität wäre. Was die Nato und die Atombombe angeblich auch getan haben mögen, um dem Kreml die neue Einstellung aufzuzwingen, der Mann der Stunde heißt Michail Gorbatschow. Sein politisches Überleben ist deshalb die grundlegende, wenn nicht die einzig wichtige Bedingung für einen erfolgreichen Friedensprozess.

Wie kann das also erlangt werden? Im Grunde ist dies die Frage, die Präsident Mitterrand seinen Gästen Samstagabend bei Gänseleberpastete und Champagner stellte. Sie kamen zu dem Schluss (mit gewissen Vorbehalten von Sie-wissen-schon-wem), dass die Antwort aus zwei Worten besteht: finanzielle Hilfe.

Sogar Frau Thatcher schien diese nützliche, wenn auch eher langweilige Schlussfolgerung zu unterstützen. Galant vergaß sie die erbärmlich mickrige Summe an Hilfszahlungen, die sie selbst Polen Anfang des Jahres angeboten hatte, und sprach von der dringenden Notwendigkeit, der neuen polnischen Regierung zu helfen, „durch den Winter zu kommen“. Ihre Worte beschworen die Vorstellung von adretten Damen des englischen Freiwilligendienstes herauf, die in Konvois von Teetransportern durch den Schnee nach Danzig fahren.

Ihre Kollegen hatten aber vermutlich etwas Handfesteres im Sinne. Den meisten von ihnen müsste klar gewesen sein, dass viel Geld benötigt werden wird – Unmengen von Geld, um es genauer zu sagen –, wenn die schwankenden Volkswirtschaften der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten mit ernsthafter, realistischer Hilfe ausgestattet werden sollten, um Waren und Dienstleistungen verkaufen zu können, welche der einzige Weg sind, um das Überleben des Gorbatschowismus zu sichern.

Hier sind zwei Dinge zu beobachten. Erstens ist es, gelinde ausgedrückt, fraglich, ob westeuropäische

Banken und Steuerzahler wirklich dazu bereit sind, die Summen von Geld aufzubringen, die notwendig sind, um ein bereits unter normalen Umständen problematisches Projekt zu finanzieren. Die Erinnerung an die riesige Gefahr der Schuldenkrise der Dritten Welt ist bei vielen noch frisch und es ist wahrscheinlich, dass die meisten derjenigen, die davon betroffen sind, vorsichtig sein, wenn nicht ganz Abstand davon nehmen werden.

Zweitens würde dies, selbst wenn die benötigten Summen aufgebracht würden und sich als einigermaßen nützlich erweisen, eine höchst riskante Abhängigkeit im Verhältnis zwischen Osten und Westen schaffen. Frau Thatcher ist keineswegs die einzige, die diese Art von Abhängigkeit als nicht erstrebenswert oder regelrecht störend empfindet. Tatsächlich könnte dies für viele Menschen in Osteuropa und der Sowjetunion nicht akzeptabel sein.

Dies soll nicht heißen, dass finanzielle Unterstützung nicht helfen würde, geschweige denn nutzlos wäre. Schließlich haben Joint Ventures zwischen örtlichen Verwaltungen und westlichem Kapital etwas Beruhigendes, Thatcheristisches an sich. Trotzdem bleibt es unwahrscheinlich, dass finanzielle Hilfe, sei sie nun direkt oder indirekt, allein ausreichen wird, um die gigantische und schnelle wirtschaftliche Wende zu vollbringen, die notwendig ist. Etwas Schnelleres und Umfassenderes wird benötigt, wenn Genosse Gorbatschow die Erwartungen der neu befreiten Bürger des sowjetischen Reichs erfüllen will. Was gebraucht wird, so behaupte ich, ist Abrüstung.

Denn wenn es eine Sache gibt, die vielleicht noch mehr zum Zusammenbruch des Kommunismus beitrug als schlichte bürokratische Inkompetenz, ist dies der Zusammenbruch des produzierenden Gewerbes in Russland, das sich nicht erst seit 1945, sondern schon seit 1917 auf Waffenproduktion konzentriert hat. Das angesammelte Vermächtnis dieses Prozesses machte schließlich eine große, revolutionäre Veränderung irgendeiner Art in der UdSSR unvermeidbar. Die Alternative, die den Nachfolgern von Breschnew und Andropow blieb, war der totale Zusammenbruch der Wirtschaft.

Einige unbeirrbar kalte Krieger behaupten nun, dass dies einer der großen Erfolge des Rüstungswettlaufs war, in dem das an wirtschaftlicher Effizienz überlegene kapitalistische System das gesamte kommunistische System in den finanziellen Ruin trieb. Was man von dieser Logik auch halten mag, sie trifft nicht auf das Konzept schneller und dauerhafter Abrüstung zu, da die Sowjets nun tatsächlich fast völlig pleite sind. Zunächst einmal schadeten die übermäßigen Rüstungsausgaben auch den westlichen Volkswirtschaften. Es ist kein Zufall, dass die zwei erfolgreichsten kapitalistischen Volkswirtschaften diejenigen sind, die gezwungenermaßen am wenigsten für Waffen ausgaben – nämlich die besiegten Achsenmächte Deutschland und Japan.

Es gibt vor allem sicherlich keinen Grund dafür, die Früchte dieses fragwürdigen „Erfolgs“ zu verwerfen. Denn zu diesen Früchten gehört die Möglichkeit zur Abwicklung des kommunistischen Systems, wie wir es kannten, beizutragen und gleichzeitig unseren eigenen, von Inflation bedrohten Volkswirtschaften zu helfen. Wie sehr die kalten Krieger dagegen auch protestieren mögen – es ist klar geworden, dass die schnellste und effektivste Art, wie die immer stärker am Markt orientierte sowjetische Wirtschaft die Anforderungen der Kunden erfüllen kann, darin besteht, Ressourcen aus der Waffenproduktion auf Verbraucherwaren zu übertragen. Und der einzige Weg für Herrn Gorbatschow, solch eine Veränderung ungestraft durchzuführen, ist auf ähnliche Vorgänge im Westen zu verweisen.

Bis jetzt haben führende europäische Politiker zur Vorsicht bei der Abrüstung gemahnt, selbst wenn sie vermehrt von finanzieller Hilfe sprechen. Wenn es ihnen jedoch ernst damit ist, Präsident Gorbatschow zu unterstützen, dann darf keine Zeit verschwendet werden. Wenn sie abwarten, um zu sehen, was passiert, könnte es passieren, dass man eine Chance verpasst, die noch größer ist als die, die zum Sturz Nikita Chruschtschows führte.

Ian Aitken